

N i e d e r s c h r i f t
über die 23. - öffentliche - Sitzung
des Unterausschusses „Verbraucherschutz“
des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
am 4. Dezember 2024
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Von Lootboxen zu problematischem Glücksspiel? Jugendschutz und Suchtprävention konsequent umsetzen und simuliertes Glücksspiel regulieren**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/4263](#)
dazu: Eingabe 00557/07/19
Beratung 3
Beschluss..... 5
2. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Phishing-Nachrichten“**
Beschluss..... 6
3. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Durch künstliche Intelligenz generierte Personen“**
Beschluss..... 7
4. **Terminangelegenheiten**
Vorschläge für den Rundgang auf der Grünen Woche 2025..... 8

Anwesend:

Mitglieder des Unterausschusses:

1. Abg. Thore Güldner (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Matthias Arends (i. V. d. Abg. Jörn Domeier) (SPD), Teilnahme per Videokonferenztechnik
3. Abg. Stefan Klein (SPD)
4. Abg. Oliver Lottke (SPD), Teilnahme per Videokonferenztechnik
5. Abg. Andrea Prell (SPD)
6. Abg. Dr. Silke Lesemann (i. V. d. Abg. Dennis True) (SPD), Teilnahme per Videokonferenztechnik
7. Abg. Veronika Bode (CDU), Teilnahme per Videokonferenztechnik
8. Abg. Birgit Butter (CDU), Teilnahme per Videokonferenztechnik
9. Abg. Katharina Jensen (CDU)
10. Abg. Verena Kämmerling (CDU), Teilnahme per Videokonferenztechnik
11. Abg. Dirk Toepffer (CDU)
12. Abg. Pascal Leddin (GRÜNE)
13. Abg. Sina Maria Beckmann (i. V. d. Abg. Christian Schroeder) (GRÜNE), Teilnahme per Videokonferenztechnik
14. Abg. Alfred Dannenberg (AfD), Teilnahme per Videokonferenztechnik

Von der Landtagsverwaltung:

Beschäftigte Kahlert-Kirstein.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 09:02 Uhr bis 09:32 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Von Lootboxen zu problematischem Glücksspiel? Jugendschutz und Suchtprävention konsequent umsetzen und simuliertes Glücksspiel regulieren

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/4263](#)

erste Beratung: 40. Plenarsitzung am 16.05.2024

AfELuV,

vorbereitende Beratung gem. § 12 Abs. 3 GO LT: UAVerbrSch

dazu: Eingabe 00557/07/19

Der Unterausschuss hatte in seiner 20. Sitzung am 18. September 2024 eine Anhörung zu dem Antrag durchgeführt.

Mit Schreiben vom 17. September 2024 war ein Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion - Vorlage 10 - und mit Schreiben vom 3. Dezember 2024 ein Änderungsvorschlag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Vorlage 11 - vorgelegt worden.

Beratung

Abg. **Pascal Leddin** (GRÜNE) merkt an, der Unterausschuss habe sich intensiv zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen ausgetauscht und im Zusammenhang mit der Einbringung des Antrages sei auch eine ausführliche mediale Berichterstattung erfolgt. Definitiv bestehe im Zusammenhang mit dem in dem Antrag angesprochenen Thema Handlungsbedarf.

Der Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion in der Vorlage 10 und der Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen in der Vorlage 11 lägen inhaltlich nicht weit auseinander. Die Koalitionsfraktionen sprächen sich von daher dafür aus, die Beratungen zu dem Antrag in der heutigen Sitzung des Unterausschusses mit einem Votum an den federführenden Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz abzuschließen, und im Nachgang den Versuch zu unternehmen, sich auf einen gemeinsamen getragenen Entschließungstext zu verständigen. Die Unterschiede zwischen den beiden Änderungsvorschlägen beträfen im Wesentlichen die Forderung, die Frage, ob simuliertes Glücksspiel bzw. Lootboxen stärker reguliert werden sollten, mit der Games-Branche zu erörtern.

Die Anhörung, die der Unterausschuss durchgeführt habe, habe deutlich gezeigt, dass der Verbraucherschutz in diesem Bereich gestärkt werden müsse. Er gehe davon aus, so der Abgeordnete, dass es möglich sei, sich in dieser Frage auf eine gemeinsame Position zwischen den Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion zu verständigen.

Was den Abschluss der Beratungen im Unterausschuss angehe, plädiere er dafür, sich gegenüber dem federführenden Ausschuss für die Annahme des Antrages in der Fassung des Änderungsvorschlages der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen auszusprechen.

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) betont, grundsätzlich lägen die Positionen der Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion in der in Rede stehenden Thematik in der Tat nicht weit auseinander. Die

Anhörung habe gezeigt, dass auf diesem Gebiet Handlungsbedarf bestehe. Sie habe aber auch deutlich gemacht, dass der Austausch mit den relevanten Stakeholdern und insbesondere auch mit der Games-Branche notwendig sei. Die CDU-Fraktion wolle nicht, dass Beschlüsse gefasst würden, ohne zuvor mit der Branche das Gespräch gesucht zu haben.

Die Mitglieder der Fraktion der CDU im Unterausschuss könnten dem Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen in der Vorlage 11 nicht zustimmen, bäten aber vor dem Hintergrund der geringen Differenzen zwischen den beiden Änderungsvorschlägen darum, bis zur Sitzung im Plenum des Landtages, in der der Antrag der Koalitionsfraktionen abschließend behandelt werde, den Versuch zu unternehmen, einen gemeinsamen getragenen Änderungsantrag zu erarbeiten.

Abg. **Alfred Dannenberg** (AfD) legt dar, grundsätzlich erachte die Fraktion der AfD den Jugendschutz und definitiv auch ein Verbot von Lootboxen für Minderjährige als sehr wichtig.

Eine Verpflichtung zur Angabe der Gewinnwahrscheinlichkeit sowie zur präzisen Preisangabe in Euro und auch ein Verbot von Werbung zu solchen Spielen, die sich an Jugendliche wende, erachte die Fraktion der AfD ebenfalls als notwendig.

Bei dem vierten Aufzählungspunkt der Nr. 2 des Änderungsvorschlages der CDU-Fraktion gehe es darum, im Spielverlauf Warnhinweise im Hinblick auf die Dauer der Spielzeit und mögliche Suchtgefahren zu geben. Die Fraktion der AfD sei der Auffassung, dass solche Hinweise im Falle von Minderjährigen gegeben werden sollten, nicht aber bei Erwachsenen.

Die Forderung in dem vierten Aufzählungspunkt der Nr. 2 des Änderungsvorschlages der CDU-Fraktion, die eine vorherige Registrierung mit Klarnamen, Geburtsdatum und Anschrift betreffe, gehe der AfD-Fraktion etwas zu weit.

Was den Änderungsvorschlag der Fraktionen der SPD und der Grünen betreffe, halte es die Fraktion der AfD zumindest im Fall von Erwachsenen für zu weitgehend, mit Warnhinweisen zur Spieldauer ins Feld zu gehen.

Mit Freude habe er die Ausführungen der Vertreterin der Fraktion der CDU und des Vertreters der Fraktion der Grünen zur Kenntnis genommen, dass die Games-Branche in den Evaluationsprozess involviert werden solle.

In der Gesamtabwägung werde sich die Fraktion der AfD - Stand: heute - bei einer Abstimmung der Stimme enthalten. Den Änderungsvorschlag bzw. Änderungsantrag, der in Aussicht genommen worden sei, müsste die Fraktion der AfD zunächst einmal sichten, bevor sie sich dazu verhalten könne.

Abg. **Thore Güldner** (SPD) betont, auch er freue sich darüber, dass in der in dem Antrag angesprochenen Thematik ein gemeinsames Ziel verfolgt werde. Was den Hinweis angehe, dass der Kontakt mit der Gamingbranche gesucht werden sollte, sei dies bereits durchaus geschehen, so etwa bei dem Besuch der Gamescom durch den Unterausschuss. Allerdings handele es sich bei der Gamingbranche, wie auch bei der Anhörung, die der Ausschuss durchgeführt habe, deutlich geworden sei, nicht um eine homogene Szene. Zudem seien nicht alle Beteiligten verbandlich organisiert, und nicht alle Beteiligten hätten ein Interesse daran, gemeinsame Wege zu finden.

Auch er gehe davon aus, dass es möglich sein sollte, sich bis zu der Plenarsitzung, in der sich das Plenum des Landtages abschließend mit dem Antrag befassen werde, oder aber auch bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf eine gemeinsame Linie zu verständigen. Zunächst einmal aber sollten die beiden vorliegenden Änderungsvorschläge zur Abstimmung gestellt werden.

Beschluss

Der **Unterausschuss** lehnt den in der Vorlage 10 vorliegenden Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung des Mitgliedes der Fraktion der AfD ab.

Er spricht sich gegenüber dem federführenden Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz dafür aus, den Antrag in der Fassung des Änderungsvorschlages der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Vorlage 11 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

Von den Mitgliedern der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen sowie der Fraktion der CDU wird in Aussicht genommen, den Versuch zu unternehmen, hierzu einen gemeinsam getragenen Änderungsantrag zu erarbeiten.

Tagesordnungspunkt 2:

Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Phishing-Nachrichten“

Mit Schreiben vom 28. November 2024 war seitens der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Phishing-Nachrichten“ beantragt worden.

Abg. **Pascal Leddin** (GRÜNE) legt dar, das Thema Phishing-Nachrichten oder Phishing-Mails sei sicherlich allgemein bekannt. Soweit er informiert sei, habe es in der Vergangenheit Fälle gegeben, in denen die Mitglieder des Landtages Mails erreicht hätten, die angeblich von der Landtagsverwaltung stammten. Der Deutsche Bundestag sei 2015 gehackt worden, indem Phishing-Mails verschickt worden seien. Insgesamt bestehe hier auf der einen Seite ein großes Sicherheitsrisiko bezüglich der IT-Netzwerke. Auf der anderen Seite betreffe diese Thematik aber auch den Verbraucherschutz. So würden zum Beispiel SMS verschickt, die angeblich von Angehörigen stammten und in denen unter Hinweis auf eine angebliche Notlage darum gebeten werde, Geld zu überweisen. Auch wenn sich die Frage stelle, wer denn auf solche SMS hereinfalle, scheine das System so gut zu funktionieren, dass immer wieder Bürgerinnen und Bürger Opfer solcher Betrügereien würden.

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) merkt an, auch aus der Sicht ihrer Fraktion handele es sich bei Phishing-Nachrichten um ein sehr wichtiges Thema. Sie unterstütze von daher den Antrag auf Unterrichtung.

Beschluss

Der **Unterausschuss** bittet die Landesregierung einvernehmlich für eine seiner nächsten Sitzungen um eine mündliche Unterrichtung.

Auf eine Nachfrage von VetD'in **Dr. Politt** (ML) hält Vors. Abg. **Thore Güldner** (SPD) fest, dass sich der Unterrichtungsantrag ausschließlich auf Aspekte des Verbraucherschutzes, nicht aber auf die Aspekte des Sicherheitsrisikos etwa für behördliche IT-Strukturen beziehe.

Tagesordnungspunkt 3:

Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Durch künstliche Intelligenz generierte Personen“

Mit Schreiben vom 28. November 2024 war seitens der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Durch künstliche Intelligenz (KI) generierte Personen“ beantragt worden.

Abg. **Andrea Prell** (SPD) erläutert, die Koalitionsfraktionen bäten um eine Unterrichtung durch die Landesregierung über verbraucherschutzrelevante Aspekte zum Thema „Durch künstliche Intelligenz generierte Personen“. Dabei gehe es ihnen zum Beispiel um Transparenzanforderungen und Kennzeichnungspflichten insbesondere im Zusammenhang mit KI-generierten Personen vornehmlich in der Werbebranche.

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) weist darauf hin, dass der schriftliche Unterrichts Antrag auf die Darstellung minderjähriger Personen abstelle. Die Abgeordnete wirft die Frage auf, weshalb sich der Unterrichtungswunsch nicht auch auf volljährige Personen beziehe.

Abg. **Andrea Prell** (SPD) antwortet, sicherlich sei nichts dagegen einzuwenden, den Unterrichts Antrag auch auf die Darstellung erwachsener Personen auszuweiten. Ein Schwerpunkt der Unterrichtung sollte aber auf der KI-generierten Darstellung von Minderjährigen liegen, zumal es bei solchen Darstellungen häufig auch um sexualisierte Darstellungen gehe.

Vors. Abg. **Thore Güldner** (SPD) meint, sicherlich sei es kein Problem, den Unterrichts Antrag entsprechend auszuweiten.

Abg. **Andrea Prell** (SPD) legt dar, Studien zufolge seien 40 % der an den Studien Teilnehmenden bzw. der Befragten nicht in der Lage gewesen, die Darstellung realer Personen von KI-generierten Darstellungen zu unterscheiden. Da es bei KI-generierten Darstellungen häufig um sexualisierte Darstellungen gebe, sei der Fokus des Unterrichts Antrages auf die Darstellung minderjähriger Personen gelegt worden.

Auf eine Nachfrage von RD **Reinert** (ML), der darauf hinweist, dass das Thema sexualisierter Darstellungen eher in den Bereich des Strafrechts falle, hebt Abg. **Pascal Leddin** (GRÜNE) hervor, dass der Fokus der von den Koalitionsfraktionen beantragten Unterrichtung im Unterausschuss auf den Verbraucherschutz gelegt werden sollte. Bei dem Thema KI-generierte Darstellungen gehe es nicht nur um sexualisierte Darstellungen, sondern zum Beispiel auch um Chatbots, die sich an Kinder und Jugendliche richteten.

Beschluss

Der **Unterausschuss** bittet die Landesregierung einvernehmlich für eine seiner nächsten Sitzungen um eine mündliche Unterrichtung. Er legt Wert darauf, dass im Rahmen der Unterrichtung nicht ausschließlich auf die Thematik der Darstellung von Personen unter 18 Jahren, sondern generell auf das Thema „Durch künstliche Intelligenz generierte Personen“ abgestellt und dabei der Fokus auf verbraucherschutzrelevante Aspekte gelegt wird.

Tagesordnungspunkt 4:

Terminangelegenheiten

Vorschläge für den Rundgang auf der Grünen Woche 2025

Vors. Abg. **Thore Güldner** (SPD) weist darauf hin, dass bei der Landtagsverwaltung mittlerweile Themenvorschläge für den Rundgang aus dem Kreis der Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie aus dem Kreis der Mitglieder des Unterausschusses eingegangen seien.

Der **Unterausschuss** ist damit einverstanden, dass die aus dem Kreis des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie des Unterausschusses vorgebrachten Themenvorschläge von der Landtagsverwaltung an die Marketinggesellschaft der niedersächsischen Land- und Ernährungswirtschaft mit der Bitte weitergeleitet werden, insbesondere unter zeitökonomischen Aspekten eine Auswahl zu treffen.

Parlamentarische Informationsreise nach Rom und Südtirol im Oktober 2025

Der **Unterausschuss** bittet die Sprecherin und die Sprecher der Fraktionen, noch einmal die Einzelheiten der Informationsreise und hierbei insbesondere die Reiseziele zu erörtern.

Vor diesem Hintergrund bittet er, den Antrag auf Genehmigung der Reise von der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Ältestenrates zu nehmen.
